

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/127

Bad Godesberg, den 7. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Finanz- und Wirtschaftspolitik aus einem Guß 70

Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts

2 Kein Monopol einer Partei auf die Kirche 34

Absage an den politischen Katholizismus in Österreich

3 Bayerns Schulen sollen leistungsfähiger werden 50

CSU leitete Rückzugsgefechte ein

4 Athener Märchen 47

"Kronzeuge" in Aspida-Affäre verschwand aus Frankfurt

5 Moskau - Madrid 40

Versteckspiel um spanisch-sowjetische Kontakte

Von unseren ED-1-Korrespondenten in Madrid

* * *

Finanz- und Wirtschaftspolitik aus einem Guß

Zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts

G.M. - Bei jeder Etatberatung in den vergangenen Jahren hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, entsprechend den Beschlüssen der SPD-Parteitage, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik aus einem Guß gefordert. Stets wurde diese Forderung von den früheren Regierungsparteien CDU/CSU und FDP mit dem Hinweis abgelehnt, man brauche kein geschlossenes finanz- und wirtschaftspolitisches Konzept, weil sich in der freien Marktwirtschaft alles von selbst auspendele. Auf diese Weise sind die Bundesfinanzen und später auch die an sich gesunde und leistungsfähige Wirtschaft ins Rutschen geraten.

Das Ergebnis dieser "Pendelpolitik" war im Herbst 1966 das Ende der Regierung Erhard mit heruntergewirtschafteten öffentlichen Finanzen und mit ernststen Krisenerscheinungen in der deutschen Wirtschaft. Im ganzen also eine böse und sündige Erbschaft, die sich zu einer großen Vertrauenskrise der Bürger im Verhältnis zu ihrem Staat auswirkte.

Zum erstemal seit Bestehen der Bundesrepublik hat nunmehr eine Bundesregierung dem Parlament und damit der Öffentlichkeit das Konzept einer finanz- und wirtschaftspolitischen Operation aus einem Guß vorgelegt. Die dreitägigen Beratungen des Bundeskabinetts über den Haushaltsplan für das Jahr 1968 und die mittelfristige Finanzplanung bis 1971 müssen im Zusammenhang mit dieser Entwicklung gesehen werden. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß ohne die konstruktive Mitarbeit der SPD die Gießkannenwirtschaft weitergegangen wäre, so daß man in der Verstrickung mit den Sünden der Vergangenheit kein Ende hätte absehen können.

Bei dieser zum Teil schmerzlichen Operation konnten sicher noch nicht alle Infektionsherde ausgeräumt werden. Es bleibt die Aufgabe des Parlaments in den nächsten Wochen, Detailfragen zu klären und abzuwägen, ob in jeder Beziehung die durch die Kabinettsbeschlüsse nunmehr festgelegten Etatpositionen noch verändert werden können.

Das Prinzip der geschlossenen Konzeption von Finanz- und

Wirtschaftspolitik jedoch, die vorausschauende Planung mit Blick auf die innen- und außenpolitischen Erfordernisse der deutschen Politik, dürften aber durch diese Detailberatungen kaum eine Änderung erfahren. Jedenfalls hat das Kabinett einmütig die Prinzipien der hauptsächlich von den sozialdemokratischen Ministern geforderten und erreichten richtungweisenden Beschlüsse einstimmig gebilligt.

Hierbei kam es der SPD insbesondere darauf an, daß bei der notwendigen Drosselung von öffentlichen Ausgaben die sozial-schwächeren Schichten der Bevölkerung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Das bezieht sich in erster Linie auf die Opfer des Krieges und der Vertreibung sowie auf die Bezüher von Renten. Das Prinzip der dynamischen Rentenentwicklung wurde aufrechterhalten. Diese Grundsatzentscheidung ist deswegen von größter Bedeutung, weil durch sie die Sicherung der Kaufkraft eines großen Teiles unserer Bevölkerung gewährleistet ist.

Bei den kommenden Beratungen der Fraktionen über die Einzelpositionen des Bundeshaushalts werden sicher auch noch einige Probleme eine Rolle spielen, die im Zusammenhang mit den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik gesehen werden müssen. Das bezieht sich u.a. sowohl auf den Haushaltsplan des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als auch auf den Haushaltsplan des Verteidigungsministeriums. Hier sind noch gewissenhafte Studien notwendig, um unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Aufgaben des Bundes in den kommenden Jahren Entscheidungen treffen zu können. Fest steht jedoch heute schon, daß der Verteidigungshaushalt in den nächsten Jahren nicht an den Steigerungsgeraten teilnehmen können.

Wenn es lediglich darum gegangen wäre, an dem Haushaltsplan jedes Ministeriums Abstriche vorzunehmen, dann wäre die Operation - rein fiskalisch gesehen - relativ leicht gewesen. Die neue Bundesregierung stand jedoch wegen der von den früheren Regierungen übernommenen Erbschaft vor der doppelten Aufgabe, einerseits die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und andererseits Impulse für die Wiederbelebung der Wirtschaft zu geben. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis zum Jahre 1971 gibt der Bundesregierung die hierfür erforderliche Handhabe.

Die finanz- und wirtschaftspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung sind das Ergebnis der Einsicht in die Fehler der Vergangenheit und der Ausdruck des Willens, die öffentlichen Finanzen und die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie mit ihren Vertretern im Kabinett an dem Zustandekommen der Beschlüsse mitgewirkt.

Kein Monopol einer Partei auf die Kirche

Absage an den politischen Katholizismus in Österreich

sp - In der österreichischen Wochenzeitung "Die Furch" befaßt sich Richard Barta, Chefredakteur der österreichischen katholischen Nachrichtenagentur "Kathpress", ausführlich mit der Erklärung des Generalsekretärs der ÖVP, Dr. Hermann Withalm, über das Verhältnis von Kirche und Parteien. Die eine Absage an den sogenannten politischen Katholizismus beinhaltende Erklärung habe, so führt Barta aus, jetzt nicht irgendein "Linkskatholik" abgegeben, sondern der verantwortliche Generalsekretär einer Partei. Withalm habe etwas Logisches und theoretisch Richtiges gesagt, aber das theoretisch Richtige habe bisher in Österreich, vor allem in der Politik, nicht immer allzu hoch im Kurs gestanden.

Die Erklärung Withalms sei zur rechten Zeit gekommen und habe wieder Klarheit gebracht. Die Partei werde ihm diese Klarheit in Zukunft danken. Die Katholiken sollten dies schon heute tun. "Es gibt" - heißt es in dem Artikel - "kein Monopol einer Partei auf die Kirche und kein Monopol der Kirche in einer Partei. Es gibt auch kein Meinungsmonopol unter den Katholiken." Über den Dialog der Kirche, insbesondere den mit den Sozialisten, heißt es:

- * "Die Kirche ist für alle zuständig. Sie wird das Gespräch mit
- * jenen, die ihr immer zur Seite standen, nicht vernachlässigen,
- * sie wird sich aber von niemandem verbieten lassen, mit Marxisten, Sozialisten, Liberalen und Nationalen zu reden, sowie sie
- * mit Atheisten, Agnostikern, Orthodoxen und Protestanten spricht.
- * Das Gespräch mit den Sozialisten hat in Wahrheit in Österreich
- * noch nicht einmal begonnen. Es muß ein Gespräch in Offenheit und
- * Ehrlichkeit sein, nicht ein Wahlgespräch. Es geht auch nicht primär
- * um kirchenpolitische Forderungen, sondern darum, den verschütteten
- * Zugang zu Glaube und Kirche wieder freizumachen."

Das Präsidium der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien befaßte sich ebenfalls mit der jüngsten Erklärung Dr. Withalms über das Verhältnis "Kirche und Regierungspartei". Es begrüßt das darin zum Ausdruck gebrachte Verständnis für die neue Entwicklung in der Kirche und die Bemühungen der österreichischen Bischöfe, die Kirche aus dem politischen Tagesgeschehen herauszuhalten.

Bayerns Schulen sollen leistungsfähiger werden

CSU leitete Rückzugsgefechte ein

RW - Während die SPD - und mit ihr die FDP und Bayernpartei - das "Soll" der zu leistenden Unterschriften für die Einleitung eines Volksbegehrens bereits weit überschritten hat, erblickte nun, nach zahlreichen vieldeutigen Andeutungen, endlich der Gegenvorschlag der CSU das Licht der Welt. Offensichtlich ist der CSU die Aussicht eines erfolgreichen Volksbegehrens, dem auch ein erfolgreicher Volksentscheid folgen kann, sehr in die Glieder gefahren. Man sucht nach Auswegen und findet keinen.

Der Gegenvorschlag hat nämlich keine sonderlich guten Aussichten, bei der an Schulfragen interessierten Bevölkerung - und darüber hinaus - Anklang zu finden. Zudem ist nicht einmal die Regie abgestimmt. Kultusminister Huber, der seltsamerweise auch das Amt eines Fraktionsvorsitzenden im Landtag versieht, bringt seinen Vorschlag sozusagen unter der Devise: *e i n e* Schule für *a l l e* Kinder. Ministerpräsident Goppel dagegen sagt zum gleichen Thema, er halte die Konfessionsschule für die beste Schule, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Erfüllung des Grundgesetzes. Näher hat der Ministerpräsident diese eigenartige Deutung des Grundgesetzes nicht erklärt. Er gibt jedoch zu, die reine Konfessionsschule führt zu organisatorischen Schwierigkeiten. Die gibt es allerdings. In der Landeshauptstadt München beispielsweise würde es sicherlich weder Schichtunterricht geben noch würde die infolge der Finanznot ausweglose Situation des Schulhausbaus so brennend sein, hätte man nicht die konfessionelle Aufsplitterung der Volksschulen. Daher haben wohl auch die Münchner Eltern bei der letzten Schuleinschreibung zu 63,8 Prozent ihre Kinder für Gemeinschaftsschulen einschreiben lassen.

Aus diesem Grunde fordert die SPD in ihrem Volksbegehrensantrag, daß die entsprechende Bestimmung der bayerischen Verfassung geändert wird. Die christliche Gemeinschaftsschule soll die Regelschule, die konfessionell begrenzte Schule nur auf Antrag errichtet werden. Damit werden die derzeit geltenden Bestimmungen genau umgekehrt. Nun proklamiert die CSU, dies werde die Errichtung von Konfessionsschulen weitgehend unmöglich machen. Wenn das zutrifft, dann bedeutet es wohl, die Eltern haben wenig oder kein Interesse daran, ihre Kinder von denen anderer Konfessionen abzusondern. Bisher vertrat die CSU stets mit großer Energie das Elternrecht. Wenn dann die Eltern sich *n i c h t* im konservativen Absonderungsgeist entscheiden, dann ist es offenbar auch nicht recht. Nach dem Vorschlag der CSU, der nun dem SPD-Volksbegehren entgegengestellt wird, soll es daher eine "christliche Schule" geben, die dann klassenmäßig nach konfessioneller Zugehörigkeit aufgespalten würde. Dagegen haben prompt pädagogische Fachleute protestiert. Eine solche Regelung führe im inneren Schulbetrieb zu heillosen Zuständen.

Die SPD denkt auch nicht daran, diesen Vorschlag zuzustimmen und ihm damit im Landtag mit Dreiviertelmehrheit zur Annahme zu verhelfen. Sie will eine *V e r b e s s e r u n g* und *V e r e i n f a c h u n g* des bayerischen Volksschulwesens, nicht zuletzt auf dem Lande, wo leistungsfähige Mittelpunktschulen für mehrere Ortschaften kaum zu schaffen sind, solange die konfessionelle Aufsplitterung fortbesteht. Nach dieser Sachlage ist mit einem ziemlich scharfen Meinungskampf zu rechnen, sobald die Antragsteller zur Einzeichnung in die Volksbegehrens-Listen auffordern werden.

Athener Märchen

"Kronzeuge" in Aspida-Affäre verschwand aus Frankfurt

sp. - Die Militärjunta in Athen wird immer nervöser. Ihr ist bewußt, daß sie nicht in der Lage war, die griechische und die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, Griechenland sei vor dem 21. April 1967 von einem "kommunistischen Aufstand" bedroht gewesen. Dies war nämlich ihre Begründung für die Außerkraftsetzung der Verfassung und die Übernahme der Regierungsgewalt. Um das ständig steigende Mißbehagen an der Entwicklung in Griechenland zu übertönen, bereitet jetzt die Militärjunta wieder einige Prozesse vor. Unter anderem soll die bereits vor dem Putsch von einem ordentlichen Gericht mehr schlecht als recht verhandelte "Aspida-Affäre" vor einem Sondermilitärgericht wieder aufgerollt werden. Da man aber befürchtet, daß die in dem früheren Prozess schon gehörten Zeugen jetzt nicht mehr aussagen werden als damals, sucht man nunmehr neue "Kronzeugen".

Aus zuverlässiger Quelle haben wir erfahren, daß die Athener Militärregierung mit einem der Angeklagten im Aspida-Prozess Fühlung aufgenommen hat, um ihn jetzt gegen seine früheren Mitangeklagten aussagen zu lassen. Es handelt sich hierbei um den früheren Offizier L e f a k i s, dem es vor dem Staatsstreich am 21. April gelungen war, aus Griechenland zu fliehen. Lefakis hielt sich bis vor kurzem in F r a n k f u r t / a. M. auf. Dort wurde er von einem Agenten der Militärjunta aufgesucht und gegen die Zusicherung von Straffreiheit dazu überredet, in einem neuen Prozess als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft aufzutreten.

Damit nun in Griechenland nicht auffällt, auf welche Weise man den Kronzeugen "gefunden" hat, wurde in der zensierten Athener Presse die Meldung veröffentlicht, Lefakis sei auf dem Flughafen von Athen (!) verhaftet worden, als er sich auf dem Flug von Frankfurt nach Äthiopien befand.

Natürlich wird diese Geschichte als Erfindung des griechischen Geheimdienstes betrachtet, denn selbstverständlich glaubt niemand, daß Lefakis bei einem Flug nach Äthiopien eine Maschine benutzen würde, die flugplanmäßig in Athen zwischenlanden muß. Daß sich Lefakis unbedacht der Möglichkeit seiner Verhaftung ausgesetzt hätte, wird für absurd gehalten, zumal seinen Freunden nichts von irgendwelchen Reiseplänen bekannt war. Das mysteriöse Auftauchen von Lefakis in Athen und seine von der griechischen Presse bekanntgegebenen "Verhaftung" auf dem Flughafen von Athen wird deshalb als "ausgemachter Schwindel" betrachtet.

Ebenso peinlich ist die Geschichte eines angeblich von dem früheren Ministerpräsidenten Papandreu an den zu 18 Jahren Gefängnis verurteilten Oberst Pappaterpos geschriebenen Briefes. In diesem Brief, der N a c h dem Putsch von der Athener Presse veröffentlicht wurde, soll der frühere Ministerpräsident Papandreu den Offizieren der Aspida-Organisation seine volle Unterstützung zugesagt haben. Papandreu erklärte sofort, er habe einen solchen Brief nie geschrieben; es könne sich nur um eine Fälschung handeln. Inzwischen mußte selbst ein Militärgericht der Junta feststellen, daß der Brief eine Fälschung war...

Moskau - Madrid

Versteckspiel um spanisch-sowjetische Kontakte
Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Gegenwärtig vollführen Sowjets und Spanier ein merkwürdiges Versteckspiel um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Als die Spanische Regierung vereinbarte, von der Sowjetunion eine halbe Million Tonnen Rohöl zu beziehen, war es die "Iswestija", die diese Meldung als "Lüge" abtat und fragte, warum die Sowjetunion ihr Öl "ausgerechnet an Franco-Spanien" verkaufen solle. Zur gleichen Zeit löschten, als die "Iswestija" das sowjetische Dementi herausgab, zwei sowjetische Tanker ihre flüssige Fracht in spanischen Häfen. Der Schiffsmeldedienst von La Coruna kündigte bereits den dritten Tanker an und die Hafenmeisterei gab diesen zur Löschung frei.

Diese Taktik wirkt merkwürdig, weil die spanische Presse kaum einen Tag auslässt, an dem sie nicht erweiterten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Ostblock das Wort redet, wie das Madrider Hauptorgan der Falange, "Arriba," oder die Monarchistenzeitung "ABC". Immer wieder wird auf die Märkte des europäischen Ostens hingewiesen. Als Spanien im Austausch damit begann, 500 Tonnen hochwertiges Olivenöl in die Sowjetunion auszuführen, verlangte "ABC" indirekt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau, während "Arriba" den Sowjets vorwarf, im Spanienhandel die Linke nicht wissen zu lassen, was die Rechte tue.

Gleichzeitig hatte der Staatssekretär im Madrider Handelsministerium, Ignacio Bernar, nach Sondierungsgesprächen mit der polnischen Staatshandelsorganisation CEKOP durchblicken lassen, daß beide Länder nicht nur den gegenseitigen Handel ausweiten, sondern dabei sind, gemeinsame Produktionsvorhaben in Angriff zu nehmen, mit dem Ziel, gemeinschaftlich auf dritten Märkten als Verkäufer aufzutreten. Überdies hat das Madrider Handelsministerium alle Importe sogenannter "liberalisierter Waren" (vor allem Lebensmittel) aus dem Ostblock von der bisherigen strengen Genehmigungspflicht freigestellt.

Spaniens osteuropäische Partner zeigen sich weniger zweideutig wie Moskau. In Madrid herrscht deshalb der Eindruck vor, daß sich Verhandlungen mit der Sowjetunion weit komplizierter gestalten werden. Der Kultur- und Warenaustausch zwischen Madrid und Moskau geht fast reibungslos vonstatten, doch wird noch viel Zeit vergehen, bis ein Botschafteraustausch zustande kommt. Sowjetdiplomaten, die sich als "Touristen" in Spanien aufhalten, deuteten allerdings an, daß es "noch in diesem Jahr" zum Austausch von Konsulen kommen werde. Die zuständigen spanischen Behörden hüllen sich in Stillschweigen, sie dementieren aber die von den Sowjets aufgelassenen Versuchsbällons nicht.